DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST

-.20
Nr.12/75
Herausgegeben vom Anti-Strauss-Komitee

GEWERKSCHAFTER MACHEN MOBIL

Resolutionen gegen Strauss, Berufsverbot, Angriff auf das Streikrecht.

Immer mehr Demokraten, besonders auch Gewerkschafter, erkennen, welche Gefahren auf sie zukommen, und wehren sich. Diese Kollegen können all denen, die nicht so recht wissen, wie und was sie nun eigentlich praktisch machen sollen, ein gutes Beispiel sein. In den verschiedensten Gremien und Versammlungen, im Betrieb und →

im Kollegenkreis haben sie sich überlegt, wie sie Aufklärung, Information und Protest organisieren. Nachstehend einige Beispiele.

Auf der Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung München, beschlossen die anwesenden 106 Delegierten fast einstimmig eine Resolution:

> "In der letzten Zeit mehren sich in erschreckender Weise die Anzeichen für die Absicht reaktionärer und konservativer Kreise, in der Bundesrepublik einen starken Druck nach rechts auszulösen. Sie versuchen dabei, die vereinzelt bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten für ihre machtpolitischen Ziele auszunützen.
>
> ...
>
> Angesichts dieses massiven Angriffs auf unsere Demokratie sind die Gewerkschaften zum offensiven Kampf aufgerufen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist die größte demokratische Vereinigung dieses Landes. Seine parteipolitische Neutralität heißt nicht politische Unmündigkeit. Die Geschichte beweist, daß die deutschen Gewerkschaften jederzeit bereit und in der Lage sein müssen, den reaktionären und konservativen Kräften wirkungsvoll entgegenzutreten. Wo, wenn nicht in der Gewerkschaft des DGB, sollten sich über Partei- und weltanschauliche Grenzen hinweg alle demokratischen Kräfte zum Widerstand vereinigen?
>
> Die Gewerkschaften müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung zur Geltung zu bringen und die Masse ihrer Mitglieder zu mobilisieren. Wir fordern alle Organe des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften sowie insbesondere auch die Gewerkschaftspresse auf, durch geeignete Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Aktionen zu dieser Aufgabe beizutragen. Es gilt heute, den Anfängen zu wehren!"

IG-Druck und Papier

Die Gewerkschaft Druck und Papier, Ortsverein München, beschloß am 16.2.1975 eine Resolution, wo insbesondere die Angriffe auf das Streikrecht zurückgewiesen werden. Wie richtig und brennend aktuell gerade diese Aussage ist, zeigen die jüngsten Vorgänge beim Streik bei Dynamit Nobel in Nürnberg-Fürth. Dort hatten Kollegen gegen Entlassungen gestreikt. Um eine Ausweitung des Streiks auf den gesamten Betrieb zu verhindern, rief die Unternehmensleitung nach der Polizei. In einem Großeinsatz wurden die Streikenden regelrecht überfallen, buchstäblich mit Hunden gehetzt und 27 von ihnen verhaftet.

Resolution der Gewerkschaft Druck und Papier, Ortsverein München:

> "Die sich in letzter Zeit häufenden gezielten und versteckten Angriffe aus Kreisen der Industrie und deren Interessenvertreter werden schärfstens zurückgewiesen.
>
> Die berechtigten Belange der Gewerkschaften im Zusammenhang mit ihren tarifpolitischen und beruflichen Forderungen sollen kriminalisiert und verteufelt werden in den Augen der Bevölkerung. Dies alles sind Warnzeichen und sollten uns an Vergangenes erinnern, wo es mit Einschränkungen begann und schließlich mit dem Verbot der Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1933 endete.
>
> In der letzten Zeit häufen sich die Stimmen bei Regierung und Opposition, die eine Einschränkung des Streikrechts fordern. Nachdem im vorigen Jahr die Kollegen der ÖTV ihre Forderungen durch Streik durchgesetzt hatten, wurde öffentlich von Bonn bis Bayernkurier nach Streikverbot im öffentlichen Dienst gerufen. Ein weiterer gezielter Angriff auf die Gewerkschaften wurde jetzt von der CDU/CSU im Bundestag gestartet, indem dort versucht wurde, ein Gesetz gegen die sogenannte Propagierung von Gewalt durchzusetzen.
>
> Dieses Gesetz soll nicht etwa die aggressive Propaganda eines Strauß, die Kriegshetze von Militaristen und Neofaschisten verbieten, sondern es zielt direkt gegen unser elementares Recht - das Streikrecht!
>
> Nach dem Gesetzentwurf ist die Propagierung von Gewalt gegen Menschen und Sachen verboten. Nicht nur wer dazu aufruft, sondern wer auch nur unbeteiligt an einer Versammlung anwesend ist, bei der der angenommene Tatbestand erfüllt ist, kann zu hohen Strafen verurteilt werden. Auf Anfrage der Zeitung "UZ" bestätigte ein Sprecher des Bonner Justizministeriums, daß dieses Gesetz natürlich auch auf Streiks angewendet werden kann.
>
> Darüber hinaus ist dieses Gesetz ein massiver Angriff auf die Meinungsfreiheit: Ein Journalist, der den Kampf des vietnamesischen Volkes verteidigt, kann nach diesem Gesetz bestraft werden.

In konkreter Anwendung des oben genannten Beschlusses fordern wir den Hauptvorstand und alle gewerkschaftlichen Gremien auf, sich konsequent für folgende Forderungen einzusetzen:

- Keine Einschränkung des Streikrechts – für ein gesetzlich verankertes Streikrecht!
- Das undemokratische Gesetz gegen die sogenannte "Propagierung von Gewalt" darf nicht verabschiedet werden!
- Gegen alle Angriffe auf unsere demokratischen Rechte – Wehret den Anfängen!"

Gewerkschaftsjugend

Die Augsburger Gewerkschaftsjugend hat eine sehr gute Aktion vorbereitet. Sie beschloß im Kreisjugend-Ausschuß eine Resolution, die nicht nur Protest zum Ausdruck brachte, sondern auch praktische Schritte im Kampf gegen rechts forderte.

GEW

Ein gutes Beispiel gab auch die Fachgruppe Sozialpädagogik der GEW München. Auf der Mitgliederversammlung am 5. Mai 1975 war das Hauptthema: "Demokratie in Gefahr. Was sieht der CDU/CSU-Gesetzentwurf vor – Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit". Ein Vertreter des Anti-Strauß-Komitees München hielt ein informatives Referat über die Entwicklung des Abbaus der demokratischen Rechte in der BRD seit 1945 und wies auf die Parallelen zu der Entwicklung in der Weimarer Republik hin. In der anschließenden Diskussion wurde gerade die Frage besprochen, wie man die Einheit der Kollegen gegen rechts, aber auch gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie stärken und vorantragen kann.

So geht's:

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß der Kampf gegen die Rechtsgefahr sehr vielfältige Formen annehmen kann. Resolutionen, Diskussionsveranstaltungen, die von der Gewerkschaft organisiert werden, Informationsvorträge auf Mitgliederversammlungen in der Gewerkschaft, Herausgabe von Broschüren usw. So haben z.B. junge Gewerkschafter aus Augsburg selber eine kleine Broschüre herausgebracht, in der Auszüge aus der Sonthofener Rede von Strauß, der Gesetzentwurf der CDU/CSU zum "Schutze des Gemeinschaftsfriedens" und die KJA-Resolution des DGB Augsburg abgedruckt waren; die Kollegen haben diese sehr einfach aufgemachte Broschüre im Betrieb, bei Freunden und Bekannten verteilt und verkauft und dadurch etlichen Kollegen die Augen geöffnet. Nicht zuletzt dadurch konnten sie es dann auch durchsetzen, daß der DGB eine Veranstaltung unter dem Motto "Gemeinsam handeln – der Feind steht rechts" organisierte.

BEITRITTSERKLÄRUNG

○ **Ich möchte Mitglied im ANTI - STRAUß - KOMITEE werden.**

○ **Ich möchte zunächst mehr Informationen über das ANTI - STRAUß - KOMITEE haben.**

Name .... **Vorname** ....

Wohnort .... **Straße** ....

Unterschrift ....

Eigendruck im Selbstverlag, verantwortl. F.Hauß, München80, Postfach 801803

Nach den Schulen – jetzt auch die Krankenhäuser!

Treuepflicht im öffentlichen Dienst – Bericht aus Berlin

Nachdem in Berlin zunächst die Bewerber für den Lehrerberuf aus politischen Gründen abgelehnt wurden, wo der Senat die Einführung kritischer Unterrichtsformen und neuer Lehrinhalte befürchtete, betrifft jetzt die Verordnung vom Nov. 74 alle Bewerber im öffentlichen Dienst ab BAT Vb und ab Besoldungsgruppe A9 – wodurch auch die Beschäftigten im Gesundheitswesen betroffen sind.

Die Klinikchefs sind verpflichtet, nicht nur die fachliche Qualifikation der Bewerber, sondern auch ihre politische Zuverlässigkeit im Sinne der Regierungspartei zu prüfen. Die endgültige Einstellung hängt von der Zustimmung des Bezirksamtes ab.

Seit 1. April ist nun auch die Regelung gestrichen, wonach von den Klinikchefs angenommene Bewerber auf der Basis eines Zeitvertrages beschäftigt werden können, solange die Überprüfung läuft. Dies führt dazu, daß in einigen Stationen Westberliner Krankenhäuser chaotische Zustände herrschen, weil die Überprüfungen durch den Verfassungsschutz mehrere Monate dauern können und man es lieber sieht, daß die Betroffenen arbeitslos sind, als daß sie die Patienten durch ihre politische Einstellung gefährden.

Als erste waren in Berlin im Gesundheitswesen Vertreter des Kampfkomitees für eine Kinderpoliklinik in Bethanien betroffen sowie offen auftretende Sympa-

Fortsetzung auf Seite II

Der Gesamtpersonalrat an der FUB
- Der Vorsitzende –

Beschluß des Gesamtpersonalrates zur Ausführung des Rundschreibens II Nr. 112/74 des Senators für Inneres vom 14.10 74

1 Berlin 33, den 15.1.75
Hagenstr. 56 c/o Inst. für Publizistik

Der Gesamtpersonalrat Dahlem der Freien Universität Berlin lehnt die Ausführung des Rundschreibens II Nr. 112/74 des Senators für Inneres ab und protestiert gegen Verfahren und Inhalt.

Ohne sich um die Meinung und um die vielfachen Proteste der Betroffenen zu kümmern und in Widerspruch zu breiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit beabsichtigt der Senator für Inneres, das politische Verhalten eines Bewerbers zur Einstellungsvoraussetzung zu machen.

Es soll nach den Beamten ein weiterer großer Teil von Bewerbern für die öffentlichen Dienst einer besonderen Überprüfung unterzogen werden Die Vorgänge vor, bei und nach dieser Überprüfung sind öffentlicher Kontrolle wie auch der Kontrolle und Stellungnahme durch die Betroffenen selbst und ihrer Vertreter, entzogen. Die vorgesehene Suche nach "Erkenntnissen" durch die Abteilung IV des Senators für Inneres, sprich Verfassungsschutz, bedeutet nichts anderes als laufende Überwachung und Bespitzelung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst und seiner Angehörigen sowie derer die irgendwann einmal für eine solche Stelle in Frage kommen könnten. Der Verfassungsschutz und seine Auftraggeber werden dabei allein entscheiden, was sie für erkennenswert halten, und wo die Grenzen des politisch Erlaubten liegen

Wir verstehen dagegen die Verpflichtung der Beschäftigten im Öffentliuchen Dienst, jederzeit für die demokratischen Grundrechte einzutreten so, daß wir diese gegen jeden Angriff, auch wenn er von seiten der Regierenden selbst ausgeübt wird, verteidigen müssen

Es droht der öffentliche Dienst gänzlich auf die Interessen der jeweils Regierenden ausgerichtet zu werden. Die im Grundgesetz zugestandene freie politische Betätigung wird dann nur noch vom Arbeitgeber, der gleichzeitig Regierender ist, bestimmt werden.

Letztlich wird dann nicht mehr die Eignung und Leistung der Kollegen entscheiden sondern ihre Anpassungsfähigkeit an das politisch Opportune. Jede Regung gegen Unrecht jede grundsätzliche Opposition jedes entschiedene Eintreten für gerechtfertigte Forderungen kann zum Einstellungshindernis werden, soweit vom öffentlichen Arbeitgeber als gegen die 'freheitlich demokratische Grundordnung (FDGO)" gerichtet definiert. Politisch Mißliebigen würde wieder einmal der Arbeitsplatz verwehrt werden können. Für Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes würde ein Klima der Angst und Einschüchterung geschaffen das freie politische Betätigung und offenes Eintreten für politische Überzeugungen zu ersticken droht

Mit dem Argument der Rechtsstaatlichkeit haben Faschisten und ihre Wegbereiter bis heute auch die letzten demokratischen Rechte beseitigt und sie durch Terror und Unterdrückung ersetzt.

Der Gesamtpersonalrat kann sich im Interesse der von ihm vertretenen Kollegen an der Freien Universität mit einer solchen Regelung keinesfalls einverstanden erklären.

Im übrigen verweisen wir darauf daß die im oben genannten Rundschreiben geforderten Anfragen und die Änderung der Personalfragebögen nach §§ 54/85 Abs 2 Punkt 5 des Berliner Personalvertretungsgesetzes Mitbestimmungsangelegenheiten sind. Auf dieser Grundlage verweigert der Gesamtpersonalrat seine gesetzlich erforderliche Zustimmung zur Anwendung des Rundschreibens II Nr. 112/74 des Senators für Inneres, das somit für den Bereich Dahlem der Freien Universität nicht in Kraft treten kann.
f d R :
Christa Boese – Schriftführung

Fortsetzung von Seite 4

Die Kundgebung war leider so ausgedehnt (ungefähr fünf Stunden!), daß die Zuhörer sich im Laufe der Zeit zerstreuten, ohne ein Erlebnis gemeinsamer Stärke mit nach Hause zu nehmen. Die Reden waren stellenweise freilich hörenswert. So wurde etwa eindringlich darauf hingewiesen, daß heute in der Bundesrepublik die Gefahr des Faschismus nicht gebannt ist, wobei auch die Gründe für diese Gefahr aufgezeigt wurden (Wiedereinsetzung nationalsozialistischer Richter, Industrieherren etc.). Die Reaktion der Tausende von Zuhörern zeigte, daß ihnen diese Tatsache bewußt ist.

Wir vermißten aber in den Reden Stellungnahmen zur Haltung der Regierung der Bundesrepublik zum 8. Mai; sie hatte sich bei Frankreich für dessen Entschluß bedankt, den 8. Mai nicht mehr zu begehen, und ihre auswärtigen Attachés angewiesen, an solchen Feiern nicht teilzunehmen. Begründung: dies sei kein Tag zur Freude. Gegen diesen Beschluß gab es auf seiten der Bevölkerung und insbesondere der französischen Widerstandskämpfer heftigste Proteste. Hier wurde gegen den ausdrücklichen Willen des Volkes beschlossen, offiziell zu vergessen, was nie in Vergessenheit geraten darf, denn: "Wer nicht aus der Vergangenheit lernt, ist verurteilt, sie noch einmal zu erleben."

ZDF: hält Strauß für »als Faschisten identifizierbar«

Das ZDF-Fernsehspiel "Gebrauchsanweisung für einen Reichsverweser" von Oswald Döpke (Produktionskosten: über eine halbe Million Mark) wird nicht gesendet.

"In dem Stück geht es um einen politischen Umsturz. Er wird herbeigeführt von einer Rechtspartei, die sich dabei auf die durch linke Mitbestimmungspläne verunsicherte Großindustrie und einen reaktionären Großverleger stützen kann. (AZ, 3./4.5.1975)

Die Entscheidung des ZDF wurde natürlich "völlig unbeeinflußt ZDF-intern" getroffen, "keiner (hat) von außen daran gedreht", was bei der ZDF-internen absoluten CDU-Herrschaft auch gar nicht nötig wäre. ZDF-Sprecher Hufen begründete die Absetzung elegant: "Die Sendung müßte zwangsläufig den Eindruck erwecken, als wolle das Stück vor politischen Kräften warnen, die gegenwärtig in großen demokratischen Gruppierungen der Bundesrepublik" (mit "'demokratischen' Gruppierungen" ist tatsächlich die CDU/CSU gemeint!) "einen Staatsstreich nach dem Grundmuster der Machtübernahme von 1933 vorbereiteten." "Die Assoziationen mit Gruppierungen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik sind zwingend!" Dazu die AZ: "Döpke hat so inszeniert und Schütz so geschrieben, daß die Nation glauben könnte, Franz Josef Strauß (dessen Sonthofener Rede frisch im Gedächtnis ist) und Springer seien gemeint." Das Stück wurde zwar einige Wochen vor der Sonthofener Entlarvung - falls das überhaupt eine war - geschrieben, aber zwangsläufig erkennt das CDU-beherrschte ZDF geradezu zwingend in einem rechtsradikalen, von Großindustrie und einem reaktionären Großverleger gestützten faschistischen Putschisten Franz Josef Strauß. Wäre als kommunistischer Staatsstreichführer in einem Fernsehspiel Helmut Schmidt vermutbar - oder gar zwingend? Nein, das wäre munterste Satire. Die Erkennbarkeit des reaktionären Typus Strauß aber wird - von seinen eigenen Parteifreunden - unbedingt vorausgesetzt. Und diese Erkenntnis sollte uns die verschwendete halbe Million wert sein.

Die Warnung vor einem rechten Staatsstreich und seinen Hintermännern wurde abgesetzt. Die Absetzung aber wegen zwingender Assoziation zu Strauß sei uns Warnung genug.

WAHLKAMPF NACHSPIEL

Wußten Sie schon, daß F.J. Strauß vor den Landtagswahlen die Staatsanwaltschaften "gebeten" hat, ihn doch umgehend über alle Aktivitäten gegen ihn zu informieren, damit er, wenn möglich, klagen kann?

Wußten Sie schon, daß sich der Staatsanwalt auch prompt dadurch aufgerufen fühlte, den Anwalt von Strauß über Flugblätter und Plakate gegen Strauß zu benachrichtigen und anzufragen, ob er nicht Anklage erheben wolle?

Und wer hätte es je für möglich gehalten, daß sich ein Kriminalbeamter die Hacken abläuft, um das Bundestagsmitglied aus seinem Landkreis dazu zu bewegen, Strafanzeige gegen Strauß-Gegner zu stellen? Und wie der Kriminalbeamte sich dafür ins Zeug legte: selbst nach zwei unbeantworteten Briefen und einem vergeblichen Telefonanruf ließ er nicht locker. Schließlich mußte er der Sekretärin auch noch selbst den Anzeigentext diktieren. Das klingt unwahrscheinlich, aber es ist wahr. Dieses Zusammenspiel von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Strauß kam bei einem Prozeß vor zwei Wochen ans Licht.

In dem Prozeß wollte man einer jungen Regensburgerin am Zeug flicken, die eine Demonstration des Anti-Strauß-Komitees beim Amt für öffentliche Ordnung angemeldet hatte. Sie sollte für die karikierte Straußdarstellung auf einem Plakat verantwortlich gemacht werden. Auf den Plakaten, die in der Stadt hingen und zur Demonstration aufriefen, war eine Grafik des Strauß-Kopfes dargestellt, ein Hitlerportrait im weit geöffneten Mund.

F.J. Strauß fühlte sich dadurch beleidigt und schickte seinen Anwalt Ossmann. Doch alle Versuche, die Anmeldung der Demonstration bei der Behörde und die Plakate in einen Zusammenhang zu bringen, der eine Strafverfolgung nach sich ziehen könnte, führten nicht zum Ziel. Strauß und der Staatsanwalt mußten die Klage zurückziehen.

Gut so. Denn wären die Kräfte um Strauß mit ihrer Klage durchgekommen, so hätten sie damit erreicht, daß mancher sich zweimal überlegt, ob er seinen Namen für die Anmeldung einer Demonstration aktenkundig werden läßt, ob er sich durch seine Unterschrift bei einer Aktion solidarisch erklärt u.ä. Denn eine Verurteilung der Angeklagten in diesem Prozeß hätte bedeutet, daß diejenigen, deren man namentlich habhaft werden kann, für alle möglichen anderen Aktionen verantwortlich gemacht werden können. Doch dieser Vorstoß auf fortschrittliche Kräfte ist gescheitert. Der Zugriff des Staatsanwalts auf das Recht der freien politischen Betätigung konnte erfolgreich abgewehrt werden.

ZWEIERLEI MASS

Die Franco-Faschisten feierten am 25.5.75 mit einer Militärparade ihren Sieg über die spanische Republik. Als offizieller Gast und in voller Uniform nahm an den Feierlichkeiten teil: Herr Horst Hildebrandt, seines Zeichens Heeresinspekteur der Bundeswehr, also einer der ranghöchsten Militärs in unserem Land. Nachdem in der Öffentlichkeit von allen Seiten Protest und Empörung über diese Sympathiekundgebung des Bundeswehrvertreters zu hören war, wußte der Verteidigungsminister Leber erst mal nichts von der Einladung, dann meinte Leber, er hätte der Befolgung der Einladung nicht zugestimmt, dann stellte er das ganze als Betriebsunfall hin und schließlich fand er, daß Soldaten auch nur Menschen seien und eben auch mal einen Fehler machen. Und selbstverständlich wird Hildebrandt aus dieser laschen "Kritik" nichts geschehen, er ist schließlich ein guter Soldat und dazu noch sehr unerfahren in politischen Gebräuchen.

..KEHRSEITE

Die Kehrseite: Ein Soldat, der an einer gewerkschaftlichen Maidemonstration teilnimmt und ein Transparent trägt, wird zu mehrwöchigem Bau und strengen Disziplinarstrafen verurteilt. Ein Offizier, der bei einer Antikriegstagsdemonstration ein Plakat "Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg" trug, führte "für die Bundeswehr beleidigende Aufschriften" herum und wurde zu Geldstrafe verurteilt.

In Sachen Strauss...

...er hat's wohl nötig!

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden "FJS" wurde vom Generalsekretär der CSU, Gerold Thandler, eine 16-seitige farbige Broschüre herausgegeben, welche Strauß als "Münchner im Himmel" darstellen soll. Die Methode, die dabei verwendet wurde, ist recht primitiv; man sammelt Begriffe und definiert diese nach eigenem Belieben, eine Neuauflage des DUDEN, sozusagen. So wird es der CSU möglich, den Tag zur Nacht zu machen, einen Frosch zum Märchenprinzen. Wie enttäuschend also für die CSU zu erfahren, daß die Bundesbürger nicht an die Wirklichkeit der Grimm-Geschichten glauben! Dafür erkennen sie die Wirklichkeit einer Sonthofener Rede, in welcher Strauß (der noch lange nicht im Himmel ist) keine Rezepte nennen wollte außer seinem Erfolgsrezept, nämlich: mehr Krise, mehr Inflation, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Angst - damit die Pläne, die Strauß bereithält, auf einen besseren Boden fallen als noch heute. Und nach seinem "Erfolg" soll es in Deutschland niemand mehr wagen, das Maul aufzumachen.

Nein, das ist nichts Neues von "FJS"; wie er selbst sagte, ist es nur (!) ein alter Hut. Freilich, diesen Hut brauchen wir nicht. Und auch die Broschüre der CSU brauchen wir nicht. Es wird nicht möglich sein, mit einer lächerlichen Schrift die Vergangenheit des "FJS" auszulöschen. In zunehmendem Maß wird erkannt, was sich hinter der Fassade des FJS verbirgt.

Der einzige Erfolg, den die CSU verbuchen kann, ist eine gewisse schwarze Abfärbung, die sich zeigt, wenn man die Titel- bzw. Rückseite dieser Broschüre als Toilettenpapierersatz verwendet. Diese Abfärbung ist aber ohne jede politische Bedeutung.

Übrigens: Das ASK hat sein Informationsheft "Strauß gegen Demokraten, eine Dokumentation" neu aufgelegt, aus dem man über die politische Färbung und noch vieles mehr zu Strauß erfahren kann.

Leseprobe

Nicht erst in letzter Zeit hört man von Querverbindungen zwischen dem Führer der CSU und der deutschen Idustrie. Schon seit zwanzig Jahren werden Fakten aufgezählt, Hintergründe und Undurchsichtiges ausgelotet, werden Zahlen genannt : Noch als gänzlich Unbekannter aus den bayrischen Bergen kassierte Strauß bereits vor 20 Jahren monatlich 5000 DM von der " Volkswirtschaftlichen Vereinigung " (1) . Die 250.- DM, die Strauß zur gleichen Zeit vom MÜNCHNER MERKUR als Beraterhonorar einstecken durfte (2), muten dagegen wie ein kleines Notopfer für heiße Tips aus Bonn an. Und um diese Tips hat sich Strauß für ein so lächerliches Honorar schon damals nicht bemüht. 1957 wurden die Zahlungen eingestellt. Das hat freilich am guten Verhältnis nichts geändert, Strauß wird im Merkur als stets gern gesehener Gast mit Weißwürsten in der Kantine bedient.

Die Industrie, vor allem die Rüstungsgewaltigen, konnten aber erst unter dem " Verteidigungsminister " so recht feststellen, wie heiß ihr " Geheimtip " war. Bis heute ist [illegible] nicht geklärt, wieviele Millionen aus St [illegible]

LOB AUF HITLER.

Ludwig Kerscher, Verleiher des Films

VVN-KONGRESS fordert Verbot des Nazi-Films "Europa in Flammen"

Das Verbot des Nazi-Films "Europa in Flammen" (ED 32/IX), der seit April bereits in mehreren Großstädten der Bundesrepublik und in Westberlin anlief, hat der Geschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten, Hans Jennes, auf dem Kongreß dieser Organisation in Offenbach/Main gefordert. In den Werbematerialien zu dem Film, den der Chamer Schnapshändler Ludwig Kerscher (57) produziert hat, findet sich ein Hitler-Bild mit dem Begleittext: "An die deutsche Jugend. In diesem Film erlebt Ihr, wie Eure Väter und Brüder in heldenhaften Kämpfen von Sieg zu Sieg eilten bis zum bitteren Ende ...". Wie Jennes feststellte, habe sich bisher kein "Staatsanwalt, auch nicht die Bundesanwaltschaft" verpflichtet gefühlt, "in Wahrung des Grundgesetzes diese faschistische Propagandaschau zu unterbinden".

Im Gegenteil, dieser Film wird sogar unterstützt, z.B. von der Bundeswehr. So bekamen Soldaten aus einer Kompanie in Cham extra am Nachmittag frei, um sich diesen Film anzuschauen. Ein Soldat sagte nachher: "Sollen wir da etwa lernen, wie der nächste Krieg taktisch richtig geführt werden muß?" Denn die einzige Kritik in dem Film an dem völkermordenden Weltkrieg, den die Drahtzieher Hitlers angestiftet hatten, war: Hitler habe eine falsche Taktik angewendet - der Zweifrontenkrieg sei das Verhängnis gewesen!
Zu einer so bodenlosen Darstellung vom Elend dieses Krieges kann man keine Worte mehr finden!

Was andere sagen:

Rudolf Schöfberger, SPD und MdB:

"Mich erinnert dieser Herr, der sich christilich nennen läßt, nur noch an Adolf Hitler von 1924."

(Frankfurter Rundschau, 28.4.75, S.4)